

„Europäisches Asylrecht – Europäische Varianz“: Tagung mündet in Empfehlungen zur Asylpolitik

Zur aktuellen EU-Asylpolitik fand am 27. und 28. Juli 2015 die gemeinsam von der Akademie für Politische Bildung und dem Zentralinstitut für Regionenforschung der FAU Erlangen-Nürnberg organisierte Tagung in Tutzing statt. Mehr als 70 WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen und Studierende nutzten die zweitägige Veranstaltung, um sich über die aktuellen Herausforderungen und ihre Bewältigungsmöglichkeiten sowie die bestehenden Entwicklungspotentiale des europäischen Asylrechts auszutauschen.



Prof. Dr. Petra Bendel, Dr. Gero Kellermann und Prof. Dr. Ursula Münch

Als gemeinsame, einführende Grundlage dienten die Beiträge Prof. Dr. Ursula Münchs und Prof. Dr. Petra Bendels, welche auf die historische Entwicklung und Bedeutung und die aktuelle Umsetzung des GEAS (Gemeinsames Europäisches Asylsystem) eingingen.

Karl Kopp verwies in seinem Beitrag auf die „leichte Realisierbarkeit legaler Zugangswege“, während Dr. Constantin Hruschka die Möglichkeit der erleichterten Weiterwanderung Anerkannter forderte, um im gesamten Schengenraum „den gemeinsamen europäischen Raum fruchtbar zu machen“. Prof. Dr. Anna Lübbe legte die Komplexität der, in der öffentlichen Wahrnehmung nur wenig beachteten, gerichtlichen Problemstellungen dar: Höhere Instanzen könnten im Bereich des Asylrechts ihrer Vereinheitlichungsfunktion nicht mehr nachkommen. Seit Jahrzehnten entstünden immer neue „Strategien zur Asyl-Verantwortungsabwehr“ im System.



Prof. Dr. Petra Bendel, Prof. Dr. Anna Lübbe, Dr. Constantin Hruschka und Karl Kopp

Auf diese Beiträge folgten am zweiten Tag der Tagung insbesondere länderspezifische Beispiele. Prof. Dr. Dietrich Thränhardt nahm sich der Bundesrepublik Deutschland an. Die extrem hohe Anzahl unbearbeiteter Anträge sei ein selbstverschuldetes Problem, zurückzuführen auf Missmanagement durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und des Bundesministeriums des Innern (BMI): „Klarheit und Effizienz“ wie beispielsweise in den Niederlanden und der Schweiz seien gefragt. Auf Effizienz verwies auch Dr. Claudia Finotelli in Bezug auf den Umgang mit *Mixed Migration Flows* in ihrem Beitrag zu den südlichen Außengrenzen. Zudem verdeutlichte sie, dass es die südlichen Außengrenzen so nicht gibt: Erhebliche Süd-Süd-Unterschiede kennzeichnen die Region. Prof. Peo Hansen, der den Tagungsteilnehmern die schwedische Sichtweise im Kontext der Asylpolitik näher brachte, sprach sich in seinem Beitrag für ein „Mehr von Europa“ aus, welches in seiner Konsequenz zu „weniger Menschen auf der Flucht führe“. Als Gegenbeispiel zum schwedischen Weg der Integration diente das von Zvezda Vankova vorgestellte Beispiel Bulgariens: Vankova sprach von einem Modell der „zero integration“ von Geflüchteten in diesem Land.



Prof. Dr. Dietrich Thränhardt, Dr. Claudia Finotelli, Prof. Peo Hansen und Zvezda Vankova

Abschließend wurde in einer angeregten Plenumsdiskussion an einem nach außen sichtbaren inhaltlichen Beitrag zur Debatte über verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik gearbeitet.



Über 70 WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen und Studierende nahmen an der Tagung teil.

Resultat dieser Debatte sind die „**7 Tutzinger Empfehlungen zur Asylpolitik**“

Demnach sollten weniger Ressourcen in Kontrolle, Abwehr und Abgrenzung und stattdessen mehr Ressourcen in den humanen, effizienten und solidarischen Umgang mit letztlich nicht kontrollierbaren Migrationsbewegungen investiert werden. Dies würde auch die zivilgesellschaftlichen Kräfte und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Zudem ginge es darum, mehr Bewusstsein für die Chancen zu entwickeln, die in dieser Neuorientierung liegen: Die Aufnahme von Flüchtlingen ist nicht nur eine Last, sondern birgt erhebliches Potenzial für die Aufnahmestaaten.

In diesem Prozess führen die folgenden sieben Schritte in die richtige Richtung:

- 1 Durch Aufstockung von Finanz- und Personalmitteln Seenotrettung intensivieren; sowohl Zufluchtsstaaten in den Herkunftsregionen als auch die Transitstaaten praktisch unterstützen.
- 2 Seenotrettung und Flüchtlingsaufnahme entkoppeln.
- 3 Sichere, legale Zugangsmöglichkeiten zum Territorium der EU-Mitgliedstaaten schaffen (wie humanitäre Visa, Arbeitsvisa, humanitäre Aufnahmeprogramme/Resettlement) sowie erweiterte Familienzusammenführung und legale Einwanderungsmöglichkeiten ermöglichen (zum Beispiel Familiennachzug, Arbeitsmigration).
- 4 Durch Schaffung von Asyl-Anerkennungs-Verfahren auf hohem Niveau die derzeitige „europäische Schutzlotterie“ beenden.

- 5 Dublin reformieren: europäischen Konsens über die Verteilung herstellen; Verbindungsprinzip (gemäß den Zuordnungsinteressen der Betroffenen, nicht gegen sie) stärken.
- 6 Europäische und globale Solidarität international thematisieren.
- 7 Besondere Schutzbedürftigkeit minderjähriger Flüchtlinge berücksichtigen und Aufnahmebedingungen verbessern.